

363. Schmerzkonferenz (SSK) des Arbeitskreises Schmerztherapie

14. August 2018

19.00 Uhr (3 P)

Kassenärztliche Vereinigung Saarland, Europaallee 7 – 9, 66113 Saarbrücken

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Thema: Interdisziplinäre Behandlung von Kopf- und Halstumoren
Prof. Dr. med. Klaus Bumm, Chefarzt der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Kopf- und Halschirurgie, plastische Operationen, CaritasKlinikum Saarbrücken, St. Theresia
3. Diskussion

Moderation: Dr. med. Ludwig Distler

Die Saarländischen Schmerzkonferenzen (SSK) sind Veranstaltungen des Arbeitskreises Schmerztherapie im Ärzteverband des Saarlandes. Die Teilnahme steht Angehörigen aller Berufsgruppen, die Interesse an der Schmerztherapie und -diagnostik sowie an den damit verbundenen Problemen haben, offen.

Zur angeregten Diskussion sind sowohl die niedergelassenen Kassenärzte als auch Krankenhausärzte eingeladen und aufgefordert. Selbstverständlich sind auch die Studierenden der Medizin herzlich eingeladen.

Der Tradition der SSK entsprechend können aus dem Bereich der gesamten Ärzteschaft Anmeldungen zur Übernahme eines Kurzreferates bzw. zur Patientenvorstellung ergehen. Diese werden erbeten an:

Dr. Ludwig Distler, CaritasKlinikum Saarbrücken St. Josef Dudweiler, Schmerzlinik

Tel.-Durchwahl: (0 68 97) 799 – 26 01

Dr. Patric Bialas, Universitätsklinikum Homburg, Klinik für Anästhesiologie, Schmerzambulanz

Tel.-Durchwahl: (0 68 41) 162 – 24 57

Weitere Termine: 11.9., 13.11. und 11.12.2018

Pro und Contra Verbandsarbeit



Die wichtigste Aufgabe von Verbänden ist die Bündelung einer Vielzahl zumeist heterogener Wünsche und Forderungen zu einheitlichen verbandspolitischen Zielen und programmatischen Aussagen und die Artikulationen dieser im politischen Diskurs. In der Bundesrepublik sind die Verbände feste Bestandteile des politischen Systems. Durch die Verbandsarbeit erfolgt eine soziale Identifikation mit dem Gemeinwesen. Die Verbandsarbeit eröffnet Partizipationsmöglichkeiten und sozialpolitisches Engagement. Je breiter die Mitgliederbasis, desto größer ist das Gewicht in politischen Verhandlungen.

Hingegen sind wissenschaftliche Fachgesellschaften ein Zusammenschluss von wissenschaftlich tätigen Personen eines Fachgebiets. Sie nehmen an der politischen Entscheidungsfindung durch die Propagierung des Fachwissens teil, entweder durch Stellungnahmen oder durch aktiven Einbezug durch die Politik, wenn ihr Fachgebiet involviert ist.

Umfrage des Landesverbandes Saarland

Im Herbst 2017 führte der Landesverband Saarland des NAV-Virchowbundes eine Befragung bei niedergelassenen Ärzten durch. Erfragt wurden einerseits Erwartungshaltungen an die berufsständige Vertretung, andererseits aber auch der persönliche Aufwand, den der einzelne bereit wäre als eigenes Engagement einzubringen.

Hintergrund der Umfrage ist die zu beobachtende Tendenz einer negativen Mitgliederentwicklung in einer Vielzahl von Verbänden, von denen die Berufsverbände in gleichem Maße betroffen sind. Dies verwundert, da sich die Berufsverbände die Vertretung und Förderung der Belange des eigenen Berufsstandes zum Ziel setzen und ein hoher Organisationsgrad das Durchsetzen fachspezifischer Interessen gegenüber den Vertragspartnern im Rahmen lobbyistischer Arbeit begünstigt.

Andererseits stellt der Mitgliederschwund die Verbandsarbeit nicht grundsätzlich in Frage, da die Verbandsarbeit durchaus auch von den Nichtmitgliedern bezüglich des zukommenden Nutzens der Lobbyaktivitäten geschätzt wird.

Ein Mitgliederschwund ist sowohl bei den fachübergreifenden Verbänden als auch bei den fachspezifischen zu beobachten. Hingegen steigt die Mitgliedschaft in den wissenschaftlichen Gesellschaften weiter. Dies verwundert umso mehr, da die Rahmenbedingungen unseres ärztlichen Handelns wie der Erhalt der Freiberuflichkeit, die Reform der Selbstverwaltung, der Ausbau der ambulanten Weiterbildung, Bürokratieabbau oder Vergütungsfragen nur in einer gesamtärztlichen Interessenvertretung realisiert werden können.

Es handelt sich hierbei um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Deutliche Mitgliederrückgänge verzeichnen auch alle politischen Parteien seit Beginn der 1980er Jahre, wobei der Rückgang der Mitgliederzahlen weiterhin anhält. Betroffen sind auch Kirchen, Gewerkschaften und Vereine.

Einstellungen haben sich stark verändert

Als Grund für Rekrutierungsprobleme der Parteien wird vielfach eine Politikverdrossenheit angenommen. Die fortschreitende Säkularisierung schwächt die orientierende Kraft der Religionen, die Auflösung traditioneller Gesellschaftsstrukturen schwächt die Gewerkschaften und die nachlassende Bereitschaft sich langfristig und dauerhaft an eine Organisation zu binden die Vereine und Verbände.

Das Durchschnittsalter der Verbandsmitglieder steigt. In der Altersstruktur der Verbände spiegelt sich die demographische Struktur der Ärzteschaft. Bei absolut sinkenden Mitgliederzahlen steigt dabei die Prozentzahl der älteren Kolleginnen und Kollegen. Die Kohorte der 50- bis 60-Jährigen bildet die am stärksten vertretene Altersgruppe. Dies ist für die Berufsverbände eine bedenkliche Entwicklung, da in den nächsten Jahren mit einem Schrumpfen der Verbände aufgrund einer hohen Anzahl von Praxisabgaben zu rechnen ist.

Generell ist ein Trend zu beobachten, dass sich Menschen aktiver in sozialen Medien engagieren, aber auch stärker themenorientiert, punktuell ohne eine längerfristig bindende Mitgliedschaft einzugehen. Da ohne eine positive Mitgliederentwicklung ein berufspolitisches Engagement nicht zu realisieren ist, sichert nur eine erfolgreiche Mitgliederwerbung das Überleben eines Verbandes. Eine Vielzahl probater Methoden der Verbände wie persönliche Anschreiben, Werbekampagnen in Fachzeitschriften, Internetpräsenz, auch unabhängige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Printmedien, Radio und Fernsehen können den negativen Trend der Mitgliederentwicklung nicht umkehren.

Es stellt sich für die Berufsverbände die Frage, ob sie als Interessenvertreter der niedergelassenen Ärzte versagen. Bisher hat der Mitgliederrückgang noch keinerlei Auswirkungen auf die Lebendigkeit der Diskussion in den Verbänden und die Wahrnehmung ihrer berufspolitischen Aufgaben. Sie finanzie-



Foto: pixabay

ren sich jedoch über ihre Mitgliederbeiträge, so dass durch den anhaltenden Mitgliederschwund die Existenz der Berufsverbände durchaus bedroht ist. In der Regel verfügen sie über nur geringe finanzielle Rücklagen, da sowohl die Verbandsarbeit sowie die Serviceleistungen für die Mitglieder als auch die Geschäftsstellen und die berufspolitische Interessenwahrnehmung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet darüber finanziert werden.

Berufsverbände vertreten die ideellen und wirtschaftlichen Interessen des Berufsstandes. Sie haben keinen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und somit keine andere Finanzierungsmöglichkeit als die Mitgliedsbeiträge. Insofern startete der NAV-Virchowbund, Landesverband Saarland, eine Umfrage, welchen Stellenwert Verbandsaktivitäten wie Weiterbildungsveranstaltungen, exklusive Informationen über Newsletter, Einbindung in Lobbyaktivitäten, Serviceleistungen wie Rechts- oder Niederlassungsberatung, Höhe des Mitgliedsbeitrags auf die Bereitschaft sich in einem Verband zu engagieren haben in der Erwartung bessere Identifikationsmöglichkeiten durch Inhalte zu übermitteln. Zum ändern ging es aber auch um die inhaltliche Analyse der Gründe, die die Kollegen abhalten in einen Berufsverband einzutreten, etwa die Unverhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen oder Repräsentationslücken. Oligarchisierungstendenzen spielen sicherlich eine zunehmend geringere Rolle, da sich die älteren Verbandsmitglieder aktiv bemühen ihre Funktionen an Jüngere abzugeben.

Umfrage ist erste Orientierung

Der entwickelte Erhebungsbogen wurde im Rundfax an sämtliche mit unserer Gemeinschaftspraxis kooperierenden Zuweiser versandt. Es fand sich ein Rücklauf von 41 Fragebogen, davon 24 Kollegen und 17 Kolleginnen. Befragt wurden somit ausschließlich freiberuflich niedergelassene Ärzte sämtlicher

Fachdisziplinen. Rückmeldungen kamen aus der Gruppe der Hausärzte, Chirurgen, Orthopäden, Frauenärzte, Nervenärzte, HNO-Ärzte und Dermatologen.

Es handelt sich bei der Erhebung um eine erste Orientierung, die gegebenenfalls in einem 2. Schritt durch eine gezieltere Exploration zu differenzierteren Antworten führen könnte. Zudem ergeben sich Einschränkungen der Validität der Antworten, da auch Auswertungsbögen berücksichtigt wurden, die teils unvollständig ausgefüllt waren, was insbesondere bei der Höhe des Mitgliedsbeitrags auffiel, woraus möglicherweise geschlossen werden kann, dass die Höhe des Beitrages sekundär ist, das berufspolitische Engagement und damit die Serviceleistungen für diese Kolleginnen und Kollegen einen höheren Stellenwert haben.

Als Trend lässt sich ableiten, dass Kollegen in einer größeren Anzahl von Fachgesellschaften als Kolleginnen vertreten sind und insgesamt die Organisation in fachspezifischen Berufsverbänden am ausgeprägtesten ist, gefolgt von den Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Einen hohen Stellenwert hat die Mitgliedschaft in Fachgesellschaften zum fachlichen Austausch, bezüglich der Teilnahme an Tagungen, Information über neue medizinische Erkenntnisse sowie zur Vermittlung des aktuellen Standes der wissenschaftlichen Forschung. Die Mitgliedschaft wird auch im Rahmen der Facharztweiterbildung begehrt zur Teilnahme an den Weiterbildungskursen der Fortbildungsakademien der Fachgesellschaften.

Hingegen wird die Mitgliedschaft im fachspezifischen Berufsverband angestrebt zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung mit anderen Kollegen. Die Mitgliedschaft dient aber auch dem Wissensaustausch, der berufspolitischen Gestaltung und Interessenvertretung sowie der Unterstützung der Kollegen bei Problemen im Umgang mit Patienten und in Abrechnungsfragen. Für viele ist die Mitgliedschaft ein Selbstverständnis oder eine übliche Gepflogenheit.

Erwartungen an die Verbände

Die Erwartungen an die fachübergreifenden Berufsverbände sind die Interessenvertretung und die ärztliche Repräsentation gegenüber der Politik, Gesellschaft und KV. Sie sollen die ärztlichen Belange gegenüber den anderen Partnern im Gesundheitssystem vertreten und in der Öffentlichkeit darstellen. Von ihnen werden auch ein Ausgleich der Interessen einzelner Fachgruppen, einhergehend mit einer gegenseitigen Wertschätzung und Solidarität gefordert, zudem fachübergreifende Informationen zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen des ärztlichen Handelns, insbesondere auch Rechtsberatung und Niederlassungsservice.

Als Hinderungsgründe für eine Mitgliedschaft werden einerseits mangelnde Informationen über die berufspolitische Arbeit, das fehlende Zugehen der Verbände auf die niedergelassenen

Ärzte, andererseits aber ein Zeitmangel aufgrund der Beanspruchung in der Praxis angeführt. Gegenüber den berufsspezifischen Berufsverbänden werden als Einzelmeinungen vorgebracht, dass sie zu teuer und ineffizient seien, oder dass eine Polarisierung zur personalen Führung des Verbandes bestehe.

Insgesamt sehen die Teilnehmer der Befragung ihre Interessen, sowohl durch die Ärztekammer als auch die KV sowie die berufspolitisch tätigen Kollegen gut vertreten, wobei seitens der weiblichen Kolleginnen nur in 29 % dazu eine Stellungnahme abgegeben wurde, hingegen sahen 91 % der Kollegen eine gute Interessenvertretung durch ihre Kollegen in Berufsverbänden, Kammer und KV. Hieraus lässt sich möglicherweise ableiten, dass die Kolleginnen weniger gesundheitspolitisch engagiert sind, oder andererseits die Verbände und die Kammern durch die männlichen Kollegen dominiert werden, woraus sich das starke Interesse ableitet, da sich eine so eindeutige Geschlechterdivergenz in der Mitgliedschaft nicht widerspiegelt. Es waren 79 % der Kollegen in einem fachspezifischen Verband organisiert gegenüber 88 % der Kolleginnen. Hingegen dominieren bezüglich der Mitgliedschaft in einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft die Kollegen mit einem Prozentrang von 54 % gegenüber 41 % bei den Kolleginnen. Auch im fachübergreifenden Berufsverband waren die Kollegen mit 37,5 % häufiger organisiert als die Kolleginnen mit 29 %.

Den Schritt in die Niederlassung empfanden 88 % der Kolleginnen und 95 % der Kollegen als richtig, umgekehrt bedauerten in der Ex post-Betrachtung nur 9 % der Kollegen und 5 % der Kolleginnen unter dem Eindruck ihrer Arbeitsbedingungen den Schritt in die Praxis und wären lieber in der Klinik geblieben. Der Mitgliedsbeitrag, der üblicherweise in den Verbänden gefordert wird, erscheint fast allen Kollegen zu hoch. 29 % der Kolleginnen, wobei diese teilweise in Teilzeit arbeiten, wünschen sich einen Jahresbeitrag unter 200,- Euro. Sie waren nicht bereit, einen Jahresbeitrag von über 300,- Euro zu zahlen, soweit Angaben gemacht wurden. Hingegen waren 12,5 % der Kollegen bereit einen Jahresbeitrag über 300,- Euro zu zahlen. 45 % der Kollegen äußerten sich nicht zum Beitrag. Umgekehrt machten 53 % der Kolleginnen keine Angaben.

53 % der Kolleginnen waren mit ihrer Einkommenssituation zufrieden, 47 % unzufrieden, hingegen 70 % der Kollegen zufrieden gegenüber 30 % Unzufriedenen. Ebenfalls 53 % der Kolleginnen waren mit der Work-Life-Balance zufrieden, 47 % unzufrieden. Es bestätigt sich damit das Ergebnis bezüglich der Einkommenssituation. Hingegen war die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance bei den Kollegen mit 41 % im Gegensatz zu ihrer Zufriedenheit mit der Einkommenssituation deutlich geringer, d. h. ihre Einkommenszufriedenheit resultiert aus einem beruflichen Mehraufwand zu Lasten ihrer Lebensverwirklichung. Zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen waren 76 % der Kolleginnen, jedoch nur 54 % der Kollegen.

Bezüglich der Serviceleistungen eines Verbandes wurden seitens aller Kolleginnen die Weiterbildungsangebote als wichtig

bis sehr wichtig eingeschätzt, überwiegend mit 59 % als sehr wichtig, gefolgt von der berufspolitischen Lobbyarbeit, die von 53 % der Kolleginnen als wichtig und von 41 % als sehr wichtig eingeschätzt wurde. Bei den männlichen Kollegen lag der Schwerpunkt auch auf der Weiterbildung und Lobbyarbeit, wobei die Lobbyarbeit jedoch den ersten Platz einnahm, von 54 % der Kollegen als sehr wichtig und von 37 % der Kollegen als wichtig beurteilt wurde, gefolgt von den Weiterbildungsangeboten, die auf Platz 2 rangierten. Diese fanden 62 % der Kollegen als wichtig und 25 % als sehr wichtig. Platz drei der Serviceleistungen nahmen gleichrangig bei den Kolleginnen die Niederlassungsberatung und die Information über Verbandsaktivitäten durch eine Verbandszeitung ein, wobei jeweils 64 % der Kolleginnen die Verbandszeitung und Niederlassungsberatung als wichtig und 23 % als sehr wichtig empfanden. Hingegen nahm bei den Kollegen die Rechtsberatung Platz drei ein. Sie wurde von 75 % der Kollegen als wichtig bis sehr wichtig eingeschätzt, gefolgt gleichrangig von der Niederlassungsberatung und dem Bezug einer Verbandszeitschrift mit 70 %. Allerdings wurde die Niederlassungsberatung von 29 % der Kollegen als sehr wichtig eingeschätzt, somit deutlich wichtiger als der Bezug der Verbandszeitung. Damit genoss die persönliche Beratung eine höhere Bedeutung als die Vermittlung von Informationen über die Verbandszeitung, die nur von 12 % als sehr wichtig eingeschätzt wurde. 76 % der Kolleginnen sahen die Rechtsberatung als wichtig bis sehr wichtig an, etwa gleich viele wie die männlichen Kollegen. Der Bezug aktueller Newsmails nahm sowohl bei den Kolleginnen als auch bei den Kollegen den letzten Platz ein, wurde dennoch bei den Kollegen in 66 % und bei den Kolleginnen in 59 % der Angaben als wichtig bis sehr wichtig eingeschätzt.

Während die meisten Berufsverbände den Informationserwartungen ihrer Mitglieder durch den Versand von Newsmails, Verbandszeitschriften, Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen und persönlicher Rechtsberatung sowie politischer Lobbyarbeit durchaus nachkommen, kommt der Wunsch nach persönlicher Niederlassungsberatung in der Verbandsarbeit zu kurz, obwohl sie von weit mehr als 2/3 aller Mitglieder als essentiell für die Bereitschaft in einen Verband einzutreten angesehen wird.

Der Vergleich der Alterskohorten repräsentiert die demografische Situation der Ärzteschaft: 30 % der antwortenden Kollegen sind älter als 60 Jahre, jedoch nur 6 % der Kolleginnen. Dieser Befund begünstigt die zunehmende Feminisierung in der Medizin mit einer kurzfristig zu erwartenden höheren Anzahl von praxisabgebenden Kollegen als Kolleginnen.

Andererseits waren 41 % der antwortenden Kollegen jünger als 50 Jahre, gegenüber 35 % der Kolleginnen. Dies könnte ein Beleg dafür sein, dass jüngere Kolleginnen länger im klinischen Beschäftigungsverhältnis verharren als die männlichen Kollegen, da dies eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht.

Fazit

Als Fazit der Befragung lässt sich geschlechtsübergreifend feststellen, dass von einem Berufsverband, egal ob fachspezifisch oder fachübergreifend, eine sehr gute berufspolitische Lobbyarbeit erwartet wird, gefolgt von dem Wunsch, dass er Weiterbildungsangebote organisiert und eine individuelle Niederlassungsberatung vorhält.

Den antwortenden Kollegen war die Vernetzung und der Wissens- und Erfahrungsaustausch mit Kollegen durch gemeinsame Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, aber auch die Unterstützung bei ihren Problemen im Praxisalltag, im Umgang mit den Kammern und der KV sowie den Krankenkassen sehr wichtig. Als Zielerwartungen formulierten sie den Einsatz für eine Abschaffung der Budgetierung und eine leistungsgerechte Vergütung sowie den Ausgleich egoistischer Partialinteressen einzelner Gruppierungen mit dem Ziel einer größeren gegenseitigen Wertschätzung und innerärztlichen Solidarität.

Im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Fachgesellschaften ist der Organisationsgrad der niedergelassenen Ärzte geschlechtsübergreifend in den fachspezifischen Berufsverbänden am höchsten mit 83 % gegenüber 48 % in den wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Am schlechtesten schneiden die fachübergreifenden Berufsverbände mit 46 % ab. Nur diese jedoch können in gegenseitiger Wertschätzung und Solidarität einen Austausch egoistischer Partialinteressen bewirken und ärztliche Interessen gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten und sich für den Erhalt der Freiberuflichkeit engagieren.

Berufsverbände, egal ob fachspezifisch oder fachübergreifend, bieten Orientierung und Unterstützung sowie jedem einzelnen die Chance angesichts zunehmender staatlicher Eingriffe in die Selbstverwaltung durch berufspolitisches Engagement die Rahmenbedingungen des ärztlichen Handelns mitzugestalten.

Die Ärztekammer und die KV können, obwohl die überwiegende Anzahl der befragten Kollegen mit ihrer Tätigkeit zufrieden war, nicht die spezifischen Aufgaben von Berufsverbänden übernehmen. Insofern ermuntere ich alle saarländischen Kollegen und Kolleginnen, falls dies noch nicht geschehen ist, sich berufspolitisch zu engagieren.

Die überwiegende Mehrzahl, 87 % der Kollegen und 64 % der Kolleginnen wollte über das Ergebnis der Erhebung informiert werden, weshalb wir uns zu dieser Veröffentlichung entschlossen.

*Dr. med Nikolaus Rauber
Rheinstraße 35*

66113 Saarbrücken

Tel: 0681-9 71 72 33/34

Fax: 0681-9 71 72 35

E-Mail: nav-virchowbund.saarland@t-online.de